



Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Burg 42-44. Fernruf 1047. Bestellt von 7 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Schiffstellung: Halle (Saale), Burg 42-44. Fernruf 1045. Erscheinung: Nur wochentags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monat. 3.50 Mk., vierteljähr. 10.50 Mk., durch die Post bezogen monat. 3.50 Mk., alle Aufschlagsgelder. Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. Anzeigenpreis: 40 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 120 Pf. für Zeilame, anschließend an den dreispaltigen Textteil.

Das Treiben der Reaktion. Der Arbeiterschaft gilt es!

Der Kampf um die Einwohnerehren ist in ein neues Stadium getreten. Die Regierung hatte der Förderung der Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien wohl oder übel nachgegeben und in die Auflösung der Einwohnerehren einwilligen müssen. Jetzt hat auch noch die Entente gefordert, die Einwohnerehren zu entzweifeln und die Waffen an die Entente abzugeben.

Die reaktionären unter den Reaktionären suchen nun ebenfalls die Regierung beizufußeln, der von der Entente geforderten Auflösung Widerstand entgegenzusetzen. Man droht ganz offen mit dem Abfall von Reichs, wenn diesem Verlangen nicht entsprochen werde. Den Leuten ist es ganz gleich, was für neue Komplikationen entstehen. Je größer die dadurch angerichtete Wirtnis, desto lieber ist es ihnen. Sie brauchen diese Wirtnis, um desto gründlicher im Treiben fischen und ihren noch immer nicht aufgegebenen monarchistischen Hoffnungen neue Kräfte zuführen zu können.

Die süddeutschen Staaten, insbesondere Bayern, das während der Kampfeperiode noch einige reaktionäre Einflüsse mehr erhielt, wollen unter allen Umständen die durch das einseitige Auftreten der reaktionären Bevölkerung gegen die monarchistischen Reaktionen gemäßigtere Macht der Arbeiterklasse wieder niederbrücken. Daher legen sie Besonderen Wert auf die Durchführung der Reichsentscheidungen und jeden Versuch, Süddeutschland vom Reich zu trennen, mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. Zugleich wird aber auch erklärt, jede Zentralisation, die über ein vernünftiges Maß hinausgeht, ist eine Gefahr, vor der die vertretenen Regierungen sich entscheiden müssen können. Verschieden wird diese Erklärung noch durch Äußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten, Bayern werde seinen Standpunkt in der Frage der Einwohnerehren wahren, selbst auf die Gefahr eines Risikos hin.

Die nationalistische Deutsche Zeitung berichtet von der Gründung einer monarchistischen Partei mit dem Programm: 'Los von Berlin, nicht vom Reich.' Und das Blatt legt im Vertrauen auf die Wirkkraft einer solchen Parole hinzu: 'Das stimmt ist, daß man im Süden und Westen häufig Berlin mit Kreuzen verwechselte', wozu einige Millionen Preußen im schärfsten Widerspruch zu der 'Berliner Straßenwirtschaft' ständen. Doch man lese weiter, was das Blatt im Hinblick daran schreibt: 'Sie stehen auf dem Boden des Militarismus, das eben ist mit Recht und die Weltanschauung des Reichs über die arbeiterpolitischen und kulturellen Mittelstände Deutschlands. Freimaurerische Führer, aber nicht Arbeiter der Zukunft sind sie. Jetzt ist es dahin gekommen, daß sich in den atemberaubenden Wirtnis die Empörung über Berlin, die sich über die jetzt herrschenden Kreise, bezugt verdrückt hat, daß auch diese tiefer heute als morgen sich von diesem Berlin trennen möchten. Daher hat es die Republik in etwa anderthalb Jahren gebracht. Loß, was die Monarchie, unter Wismars Führung geht hin, wird von der Republik unter Führung der von den Juden beherrschten Straße gefolgt.'

Keine Zeitungsverbote durch die Militär-diktatur!

Die Württembergische Zeitung meldet, das Verbot der Erklärer Zeitungen, unserer Bruderparteien, habe zu einer einschneidenden Maßnahme des Reichswehrministeriums geführt. Bis zur allgemeinen Einführung der politischen Kommissionen, die künftig den militärischen Befehlshabern zur Seite gestellt werden sollen, habe der Reichswehrminister angeordnet, daß Zeitungsverbote und Zeitungeinsparungen in jedem Falle ihm selbst vorzulegen seien. Ein Verbot durch militärische Befehlshaber sei also künftig nicht mehr möglich, da neben der Zustimmung des zuständigen Regierungskommissars auch die direkte Zustimmung des Reichswehrministers erforderlich sei. Sollte sich diese Meinung durchsetzen, so würde man von einem Fortschritt gegenüber einem System sprechen können, das 8 Wochen lang die Zeitung einer ungewissen Richtung unterdrückte. Allerdings, wenn man die Erklärer Zeitungen nicht so merkt man, daß die guten Kräfte der Regierung zwar bestehen mögen, daß

aber die Militärbefehlshaber noch immer machen, was sie wollen. Mit großen weichen Stellen, welche die militärische Vorgesetztheit verurteilt, erscheint das Blatt, das auf das brutale in seiner Meinungsäußerung befaßt ist. Es ist ein Schand, daß die Regierung ruhig mitanschaut, wie die verpatet reaktionären Offiziere ein sozialistisches Blatt unterdrücken können.

Das isolierte Frankreich.

Der französische Einbruch in die Städte Frankfurt, Darmstadt usw. ist bekanntlich von den Engländern und Italienern scharf mißbilligt worden. Von der englischen Seite, in der schärfster Einbruch gegen den französischen Einbruch erhoben wurde, heißt es, daß sie hauptsächlich niemals werde wesentlich werden. Sie sei viel schwächer gefaßt, als der Londoner Auszug habe vermuten lassen. Auch die Antimilitaristen Millerands werde möglicherweise niemals beauftragt werden. Es mehren sich die Nachrichten, nach denen die Franzosen die Absicht haben, die Besetzung baldigst wieder rückgängig zu machen. Der Pariser Mitarbeiter der in Rom erscheinenden 'Idea Nazionale' meldet, nach seinen Informationen sei Frankreich bereits bemüht, einen ehrenvollen Ausweg aus der peinlichen Lage zu suchen. Wenn die deutschen Truppen aus der neutralen Zone zurückgezogen würden, werde Frankreich Frankfurt räumen. In eingehenden Kreisen in Paris verfährt man, das Abziehen der Franzosen sei nur eine Frage von Tagen.

Frankreich hat demnach mit seiner Draufgängerlei ebenfalls imperialistische Vorbeeren ernten können, die die deutsche Regierung mit ihrem Einmarch in die neutralen Zone Gerüst zur Friedensschaffung der Arbeiter zu erreichen vermochten. Wie haben sich in ihrer Kurzsichtigkeit selbst geblödet. Und das ist gut so. Offenheit behält diese Lektion noch für einige Zeit Wirkung.

Der englisch-französische Konflikt

Scheint inoffiziell wieder beigelegt worden zu sein. Im englischen Unterhaus gab Bonar Law in Antwortung der Anfrage zweier Deputierten eine Erklärung ab, in der er u. a. heißt: Wie das Unterhaus erfahren hat, ist zwischen der britischen und der französischen Regierung eine Meinungsverschiedenheit entstanden, welche die britische Regierung tief beunruhigt. Die nächste Konferenz der alliierten Regierungschefs wird gewißlos das völlige Einvernehmen der beiden Regierungen bestätigen und festigen. Es braucht kaum hinzugefügt zu werden, daß die durch gewisse Blätter verbreitete Nachricht, die Meinungen im englischen Kabinett gingen auseinander, jeder Grundlage entbehre.

Frankreichs "schwarze Pläne"

Mit dem Einmarch der Franzosen ist der zerschlagene Stopp der Gehandlungen, Anglihasen und Gelsenkirchen zu dem Hofbesessenen nun auch noch die Franzosen ins Schlosserthor gefahren. Leute, die das Gras wachsen und die Flüsse laufen hören und überdies über eine aussehendere Panafie verfügen, hätten den Franzosen die schwarzen Pläne an. Und das offiziöse W. Z. gibt sich sogar dabei, sie zu verbreiten. Nach einer amtlichen (von uns fast gefügten) Darstellung führen die Franzosen das folgende im Schilde:

Bei einer Wehrübung höherer französischer Offiziere des Okkupationsgebietes, die am 9. April in Mainz stattfand und die der in Deutschland zu befolgenden Politik auf, wurden Richtlinien aufgestellt, deren wichtigster Inhalt ist: Die Rheinlinie ist nötig, um uns dauernde Sicherheit und Selbstheit zu geben, daß wir vor Ausbreiten der deutschen Militärmacht geschützt sind. Wohl ist die Befestigung des linken Rheinuferes von großer Bedeutung aber mit Ausnahme von Köln, dem englischen Abschnitt und einigen sonstigen Kapitalzentren befindet sich auf dem linken Rheinufer kein großes hundertes Industrieanstamm. Deshalb müßte dem Ruhrgebiet auch derjenige Teil des rechten Rheinuferes angegliedert werden, der Frankfurt a. M. und Umgebung, das Ruhrgebiet und die Düsseldorf-Industrie umfaßt. Jede Verlegenheit Deutschlands ist darum zu benutzen, um damit Vorteile für uns zu erlangen. Da sich England nicht allzumehr von der Küste engagieren will und wir die Landmacht haben, Amerika aber gegen mit Japan und England zu tun hat, müssen wir, solange wir freie Hand haben, alles tun, um uns festzusetzen und unsere Alliierten vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Deutschland wäre am besten in 5 bis 6 größere Bundesrepubliken zu zerlegen: 1. Bayern, Baden, Württemberg; 2. Rheinische Republik mit Koblenz, Trier, 3. im Norden Pommern, Westfalen, Hannover, Eisenburg und Schleswig-Holstein. Die demnächstigen sind nachfolgendes: 4. Thüringen und Sachsen als Mitteldeutsche Republik; 5. Berlin mit Schlesien und einige kleinere Teile Pommerns mit der Mark als kleine Republik in der Art wie Wien und Budapest. Insbesondere ist die innere Unmöglichkeit der Sozialistenregierung klar zu benutzen. Angleich müssen wir die militärische Position in Deutschland und die U.S.P.D. für uns interessieren und als Bundesgenossen gegen die Berliner Regierung ihnen glauben machen, daß ihr Glanz von Berlin kommt, damit sie gegen Berlin und Regierung marschieren. Wir können, wenn im Ruhrgebiet Unruhen bestehen, mit den Belgieren als Verbündeten und mit unseren Entscherten dort einzusetzen. Diese Politik heißt und ist in ein bis zwei Jahren in Kraft zu setzen, was noch viel, nämlich der militärischen Abgrenzung mit starken Brückensystemen ohne wesentlichen Widerstand unserer Alliierten.

Zumtheit gewisser Volksekrete, wirkt aber um so plumper in einem Augenblick, wo die Franzosen bereits wieder Anfallen treffen, die besetzten Städte zu räumen.

Ruhrrevier und auswärtige Politik.

Die Wirtelzüge und Auslegungserfolge der bürgerlichen Presse vermögen — das muß immer wieder festgestellt werden — an der Parteilichkeit nicht zu ändern, daß die deutsche Regierung zu dem militärischen Akt, die sie im Ruhrrevier unternommen hat, nach den Bestimmungen des Friedensvertrages und nach dem Folgeaktkommen von August vorigen Jahres nicht berechtigt war. Der Artikel 43 des Friedensvertrages verbietet die Verwendung von Truppen in der neutralen Zone. Das mit Frankreich im August getroffene Abkommen gewährt Deutschland die Vergünstigung, bis zum 10. April 1920 dort 30 Bataillone Infanterie, 10 Schwadronen Kavallerie und 2 Batterien Artillerie zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu halten. Zufällig operieren jetzt im Ruhrrevier nach den Informationen, die die deutschen amtlichen Stellen der internationalisierten Kontrollkommission gegeben haben, 20 Bataillone Infanterie, 9 Schwadronen Kavallerie, 23 Batterien Artillerie, 4 Kompanien Miniere, 2 Minenwerferkompanien, 3 Panzerzüge, 1 Panzerzug, 1 Fliegergeschwader, 1 Schwereverletzteabteilung, 3 Automo-bilzüge und ein Reparaturpark. Außerhalb des Ruhrreviers sind in den übrigen Teilen der neutralen Zone sieben überdies 5 Bataillone Infanterie und 4 Schwadronen Kavallerie.

Selbst wenn die von den Franzosen nicht geäußerte Behauptung zutrifft, die Hauptkraft der Formationen sei so schwach, daß ihre Gesamtkraft die zugewandene Riffer nicht übersteige, hat Deutschland in dem Wortlaut des Vertrages nicht innegehalten, und in Frankreich macht man nicht mit Unrecht noch besonders darauf aufmerksam, daß Fliegerabteilungen eingesetzt seien, obwohl nach dem Artikel 198 des Vertrages Deutschland nach dem 1. Oktober 1919 keine militärischen Flugzeuge mehr besitzen darf, und der Artikel 208 ausdrücklich vorsehrt, daß alles Flugzeugmaterial nach dem Inkrafttreten des Vertrages an die Alliierten abgeliefert werden muß.

Allerdings ist in der Vereinbarung vom August nichts über die Wirtelzüge gesagt, die Frankreich ergreifen werde, wenn Deutschland die Bedingungen nicht beabsichtigt. Von einer etwaigen Besetzung deutscher Städte durch französische Truppen ist da nichts die Rede. Aber man mußte in Berlin ganz selbstverständlich auf Reservematerial geachtet sein, und indem man über sie nichts Näheres verhandelte, ließ man Frankreich in der Wahl seiner Mittel durchaus freie Hand. Vom Standpunkt des Vertrages aus ist also niemand in Deutschland, auch nicht die Konferenz der süddeutschen Regierungen in Stuttgart, befugt, sich über das Vorgehen der Franzosen zu entscheiden. Das um so weniger, als erstens die deutschen Vertreter in Paris im Laufe der Verhandlungen Herrn Millerand unumwunden das Recht eingeräumt haben, deutsche Städte zu besetzen, wenn die Verwendung der Truppen im Ruhrrevier länger als sechs Wochen dauere, und als zum anderen seit dem 30. März über die Absichten der Pariser Regierung keine Zweifel mehr bestehen konnten.

Damit ist natürlich nicht gesagt, daß den Militärs jenseits des Rheins der Vorwand, der ihnen durch das Einrücken der Truppen in das Ruhrrevier gegeben wurde, nicht willkommen gewesen wäre. Sie warteten auf die Gelegenheit, sich weitere "Wirtel" zu verschaffen. Sie waren bereit, jede sich bietende Möglichkeit schnell und rücksichtslos zu ergreifen. Aber an den vertraglichen Bestimmungen wird dadurch nicht das geringste geändert, und es bleibt dabei, daß das Kabinett Millerand, oder besser gesagt, der deutsche Militärismus, die Verantwortung dafür trägt, daß nun Frankfurt, Darmstadt und die übrigen Städte unter der Diktatur des französischen Säbels stehen.

Wir sind auch nicht in der Lage, uns auf den Einbruch Englands und Amerikas zu berufen. Hier handelt es sich um eine Angelegenheit, die nur die Entente angeht. Deutschland hat das Abkommen vom August mit Frankreich allein getroffen. Es hat in den letzten Wochen ausschließlich mit Frankreich verhandelt und damit feierlich anerkannt, daß nur dieses Land das Ruhrrevier werde. Wenn jetzt andere Mitglieder der Entente mit dem Vorgehen ihres Verbündeten nicht einverstanden sind, so ist das dem eigenen Deutschland nicht nicht im geringsten gerechtfertigt.

England hat eine Note nach Paris geschickt, in der es den Einmarch der französischen Truppen lobt und beurteilt. Sein Ziel ist, eine außerordentlich harte Wirtelregierung Frankreich zu verhängen und ihm gleichzeitig die Möglichkeit zu einer eigenmächtigen Politik zu beschneiden. Es fühlt sich aber als Stütze im Bunde, es hat durch den Krieg ein gewisses Kontrollrecht über die wirtschaftlich sehr geschwächte Nation auf der anderen Seite des Kanals erhalten, und es will sich durch die Rühmsucht und den Wirtelbegehren der französischen Militärpartei nicht um diese Vorrechte nachstellen lassen. Außerdem aber muß der in allem Egoismus noch so lebendige Imperialismus nicht in Wirtelung gestellt werden, und es kann sehr wohl sein, daß Großbritanniens nur deshalb die strafende Welle aufweist, um Frankreich an Zugehörigkeiten in irgendeiner Weise der Welt, beispielsweise im Orient, zu tätigen. Wie wenig die in Frage kommenden Regierungen darauf zu bestehen sind, positivistischen Gesichtspunkten gemäß werden, geht aus einer Wirtelnote hervor, nach der die 5 1/2 Millionen Entschädigung zur Unterbrechung der französischen Maßnahme zuletzt daraus herbeigeholt werden eine Gegenleistung von Frankreich in der luxemburgischen Frage erwarte. Wenn die Vertreter der Entente demnach in San Remo zusammenkommen, so ist es mög-

ausgerufen. Sie haben niemals Forderungen ähnlicher Charakteristik gestellt. (Vgl. v. Gräfe: Und die acht Punkte!) Wenn die Gemeinlichkeit formuliert Wünsche vortragen wollen, so habe sie sich selbstverständlich ebenso empfangen, wie die Vertreter der Industrie und der Beamtenorganisationen. Ich lege den größten Wert darauf, die Einkünfte der gesellschaftlich organisierten Arbeiter kennenzulernen, wie ich mit voll bewusst die Bedeutung die organisierte Kraft der deutschen Arbeiter zur Sicherung der deutschen Republik gegen alle Gefahren hat. Aber dieser Einfluß darf sich nur geltend machen auf dem Wege der Vertretung. Ich bin Anhänger der Demokratie und denke nicht daran, den Boden der Demokratie zu verlassen. Die Bestimmungen in Bildungsdeutschland, das die ältere demokratische Tradition in sich haben, wir wollen Verständnis. Nach dem Sturz der Reichsverfassung wird das Reich eine Demokratie sein, oder es wird nicht sein. Wenn sich aber die Demokratie aufwirft, dann ist es nötig, daß dem Reich das Recht Frankreichs Deutschland auferlegt. Die französische Regierung hat eine unerbittliche Aufrechterhaltung aller nationalstaatlichen Interessen angedeutet und durch die Neutralität dieses Militarismus dem eben niedergeworfenen deutschen Militarismus neue Nahrung angeführt. Sieht man in Frankreich diese Zusammenhänge nicht? Wir kämpfen, solange wir die Kraft dazu haben, gegen den fremden und abenteuerten Chauvinismus, weil wir wissen uns mit aller Sicherheit auf die Idee der Völkervereinigung zu verlassen. Wir haben das Gefühl des Völkervereinigung mit uns getreten wird. Die militärische Aktion nördlich der Ruhr geht ihrem Ende entgegen, alle unheimlichen Truppen werden sofort aus der neutralen Zone zurückgezogen werden. Heber die Vereinigung des Westens kommen bis zum 10. Juli schwebende Verhandlungen. Die Organisation der Arbeiter wird für Ende erreicht. Wir hoffen, daß sie die letzte Welle aus dem Sommer des Krieges war. Für uns aber bleibt es in den Beziehungen zu allen Völkern bei dem Besten: Mehr von allen Kriegsanforderungen und Kriegsmitteln. (Schluß der Rede bei der Versammlung.)

Präsident Reichenbach schloß hierauf vor, die Erörterung auf morgen zu versetzen und auch die anderen Gegenstände von der Tagesordnung abzurufen.

Gegen die Stimmen der Demokratischen beschloß das Haus nach dem Vorschlag des Präsidenten.

Präsident Reichenbach schloß hierauf vor, die Erörterung auf morgen zu versetzen und auch die anderen Gegenstände von der Tagesordnung abzurufen.

Gegen die Stimmen der Demokratischen beschloß das Haus nach dem Vorschlag des Präsidenten.

Präsident Reichenbach schloß hierauf vor, die Erörterung auf morgen zu versetzen und auch die anderen Gegenstände von der Tagesordnung abzurufen.

Gegen die Stimmen der Demokratischen beschloß das Haus nach dem Vorschlag des Präsidenten.

Präsident Reichenbach schloß hierauf vor, die Erörterung auf morgen zu versetzen und auch die anderen Gegenstände von der Tagesordnung abzurufen.

Gegen die Stimmen der Demokratischen beschloß das Haus nach dem Vorschlag des Präsidenten.

Präsident Reichenbach schloß hierauf vor, die Erörterung auf morgen zu versetzen und auch die anderen Gegenstände von der Tagesordnung abzurufen.

Gegen die Stimmen der Demokratischen beschloß das Haus nach dem Vorschlag des Präsidenten.

Präsident Reichenbach schloß hierauf vor, die Erörterung auf morgen zu versetzen und auch die anderen Gegenstände von der Tagesordnung abzurufen.

Gegen die Stimmen der Demokratischen beschloß das Haus nach dem Vorschlag des Präsidenten.

Präsident Reichenbach schloß hierauf vor, die Erörterung auf morgen zu versetzen und auch die anderen Gegenstände von der Tagesordnung abzurufen.

Gegen die Stimmen der Demokratischen beschloß das Haus nach dem Vorschlag des Präsidenten.

Präsident Reichenbach schloß hierauf vor, die Erörterung auf morgen zu versetzen und auch die anderen Gegenstände von der Tagesordnung abzurufen.

Gegen die Stimmen der Demokratischen beschloß das Haus nach dem Vorschlag des Präsidenten.

Präsident Reichenbach schloß hierauf vor, die Erörterung auf morgen zu versetzen und auch die anderen Gegenstände von der Tagesordnung abzurufen.

Gegen die Stimmen der Demokratischen beschloß das Haus nach dem Vorschlag des Präsidenten.

Präsident Reichenbach schloß hierauf vor, die Erörterung auf morgen zu versetzen und auch die anderen Gegenstände von der Tagesordnung abzurufen.

Gegen die Stimmen der Demokratischen beschloß das Haus nach dem Vorschlag des Präsidenten.

Präsident Reichenbach schloß hierauf vor, die Erörterung auf morgen zu versetzen und auch die anderen Gegenstände von der Tagesordnung abzurufen.

Gegen die Stimmen der Demokratischen beschloß das Haus nach dem Vorschlag des Präsidenten.

Der Reichsausschuß macht vorgeschlagen hat. Amsterdam, 12. April. Seit dem 1. April in der Folge der Belgier in der Provinz von Antwerpen, die sich dem Reichsausschuß angeschlossen haben, wurden fünf Juden und vier Mohammedaner getötet, fünf Juden, 23 Mohammedaner und zwei Christen verzwungen.

Die Verzwangungsfaktion im Voglande.

Auf die Nachricht hin, daß Kruppen gegen das Vogland im Anmarsch sind, hat die Bevölkerung in diesem Lande, nachdem sie, wie wir gesehen bereits, mehrere, fünf Wochen in Brand nieder lag, seine sonstigen Arbeiten scheinbar nicht mehr eingestellt zu haben. Jedenfalls hat es die Bevölkerung zu entnehmen, was ich aber die tatsächlichen Grenzgebieten hindert. So hat er nun den Grenzort Lingenthal zum Hauptquartier erkoren und noch einmal die Bevölkerung umgeben. Seine Aufrechterhaltung zum Grenzort hat nicht einmal in Blauen Vorkämpfer bekommen, denn sämtliche Betriebe arbeiten. Den Alltagsbedarf der Bevölkerung hat eine Million zur Bildung einer roten Garde überbracht, die ihm auch benötigt wurde. Da die Zölle Allenthalber der Voglandischen Staat diese Summe aber nicht vorzulegen hatte, sollten aber Beamte der Post 600 000 Mark von den Voglandischen Staat in Blauen abholen. Die beiden Summen trafen im Autunno, das von einem höchsten Chauffeur geführt wurde, ein, als sie aber auf dem Post die Summe abgeben wollten, verwarfte die Blauerer Polizei den Chauffeur und die beiden Beamten. Daraufhin wurden in Lingenthal große Versammlungen abgehalten, in denen gegen die Verzwangung protestiert und gedrückt wurde, daß genau so verfahren werden sollte, wie an anderen Orten, zum Beispiel in Hallein. Unter dem Druck dieser Drohung ist die von Holz verlangte Summe von einer Million Mark nach Allenthalber abgeführt worden. Auch in Nahrungsmitteln, wie in Holz und Bad Eisen, scheint Holz Geld bekommen zu haben.

Trotz dieser Ereignisse in der Provinz, hat das Vogland über sich beklagen wollte, auf seine Hauptstädte bedacht. Es wird behauptet, er habe mit den Hochgelehrten wegen der Grenzübertritts verhandelt, aber der Versuch scheiterte, er wurde nicht und auf Verlangen ausgeliefert. Trotz aller Überlieferungen der bürgerlichen Presse sind bisher Sachlage-Akte im Voglande nicht vor gekommen. Es wird alles davon abhängen, wie die einmündigen Kruppen sich benehmen. Loben sie wie die Bekten im Ruhrgebiet oder wie die Zeitreisenden in Halle, so wird die schwerste Gefahr für das Voglandischen im Voglande bestehen.

Bemühungen um friedliche Beilegung der Hölzaffäre.

Gera (Neu), 12. April. (V. T. A.) Zur friedlichen Beilegung der Unruhe des Holz in einem Teile des Voglandes hat der Aktionsausschuß von Gera (Neu) an alle mitteldeutschen und sächsischen Aktionsausschüsse, die in Betracht kommenden Parteien und die Presse Einladungen zu einer Konferenz am Mittwoch, den 14. April, im Generalkreis Gera (Neu) ergeben lassen. Die Landesregierung Neuh hat zu demselben Zweck Einladungen an alle in Frage kommenden Regierungen gerichtet.

Aus der Provinz.

Die Kreisblätter.

Von den revolutionären Umwälzungen sind die Kreisblätter bisher in keiner Weise beeinflusst worden. Auch von sich aus haben sie es nicht bedürftig, sich den neuen Verhältnissen anzupassen. Durchweg im reaktionären bürgerlichen Rahmen stehend, sind sie aber auch jetzt noch die Publikationsorgane von Behörden mit erdrückender sozialistischer Freiheit. Sie hätten also als das Organ dieser Behörden und natürlich auch der Regierung des Landes deren Politik zu vertreten oder sie abzulehnen. Was haben wir aber? Diese von der früheren Regierung hergebrachte Freiheit zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung in ihrem Sinne treibt das hinterhältigste Spiel, das je eine Presse überhaupt treiben kann.

Die vergangenen Tage und Wochen haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Kreisblätter gefährliche Waffen der Reaktion sind. Der alte monarchistisch-reaktionäre Geist tritt dort in Reinkultur auf. Mit Aug und Zung und mit Verachtung und Verachtung wird von ihnen hitzemäßig der Volksgott verhöhnt. Es sind noch die alten Männer mit der alten konservativ-reaktionären Gesinnung, die in den Kreisblättern ihr Unwesen treiben. In den Tagen nach der Revolution des 9. November 1918 haben sie sich feige verhalten und in Hundebau die lokale Gesinnung befestigt. Seitdem haben sie in niederträchtiger Weise gegen die organisierte sozialistische Volksmehrheit gehöhnt und gehöhnt. Als dann die Kapp und Lüttich in Berlin ihren hochverrächerlichen Streich begangen hatten, amieten sie auf wie nach einem schlechten Traum. In ihrer sprichwörtlichen Engstirnigkeit glaubten sie, nun seien endlich die alten herrlichen Zeiten wiedergekommen. Keins der uns zu Gesicht gekommenen Kreisblätter hat sich von Anfang an rüchellos hinter die Verfassung gestellt. Das Verhalten vieler Unschuldiger grenzte, auch die Verfassung selbst, an das Verbrechen. Vergeben und vergessen, die Verfassung durch die noch für „neutral“ und „unpolitisch“ gebildeten Blätter, als es sich, die alte Regierung sei unglücklich, das Parlament gesprengt und eine Regierung der Zeit an die Spitze getreten. Die Haltung fast aller Kreisblätter des Reichs war zweifelhaft.

Seute allerdings wird wieder entsetzlicher gefordert. Die Kapp-Buchstabe hat einen anderen Verlust genommen, als die Kreisblatt-Redakteure wünschten und hatten. Seute bringen die Kreisblätter wieder Notizen und Anzeigen gegen App und Konforten, als sie nichts gesehen. Jetzt auf einmal mimen sie wieder die Volkshaltungsdirekte. Jetzt haben sie den alten Kämpferpuls die Volkswillensgefäß, in größlicheren Farben an die Wand. Hinter diesem Lügen Schreien glauben sie ihre eigenen Hochverrächerlichen Verbrechen zu können. Es wird wieder einen Teil politisch Unmündiger geben, die auf das Geschrei hereinfallen.

Auch noch arbeiten die Kreisblätter in der raffiniertesten Weise gegen die sozialistische Volksmehrheit weiter. Dabei handelt es sich in den meisten Fällen nicht etwa um Originalarbeiten. Das sind viele Redaktionen in den meisten Fällen gar nicht genügend stark genug, die Redakteure meist auch gar nicht fähig. Die Kreisblätter dienen gewissermaßen nur als Ablagerungsstellen für alle möglichen reaktionären Kontinente und Organisationen. Keine Dummheit ist zu groß, keine Gemeinheit zu niederträchtig, die nicht freudig Aufnahme in den Kreisblättern findet, wenn sich die Organenden, nur gegen die organisierte Arbeiterchaft richtet.

Unter diesen Umständen haben die Gemeinde- und Staatsbehörden die doppelte Pflicht, sichensens mit dem ganzen Kreisblattverstand anzuwenden. Dieser Behörde in den Gemeinden und Stadtparlamenten haben die wichtigsten Aufgabe zu erfüllen, ihren Einfluss in dieser Richtung geltend zu machen. Sie und immer darf es nicht sein, daß die Öffentlichkeit nicht nur indirekt, sondern durch die Handlung der Staatsverwalter herangezogen wird. Allen Organen, die direkt oder indirekt während des Reichs die Kapp-Reaktion zur Verfügung gestellt haben, muß die Unzulassung entzogen werden. Vor allen Dingen müssen sie die Kreisblattcharaktere entziehen werden.

Nach einer Verordnung des Oberpräsidenten Göring dürfen Kreisblätter nur in Form von amtlichen Anzeigebüchern erscheinen.

Andere Blätter oder Zeitungen dürfen den Titel „Kreisblatt“ nicht führen. Daran Lehren sich aber zahlreiche Provinzialblätter freilewags, wie das Lohrener Kreisblatt, das Eisenberger Kreisblatt, das Schweinitzer Kreisblatt und das Wittenberger Tageblatt, das sich auch als amtliches Kreisblatt bezeichnen, bemerken. Hier muß unbedingt eingegriffen werden. Die Behörden müssen vorläufig alle Blätter, die den Titel „Kreisblatt“ in ihren Titeln führen, untersuchen. Ein Anwalt darf es nicht mehr geben. Die beschleunigte Umstellung des gesamten amtlichen Verzeichnisses wird dringend notwendig sein, wenn es in dem bisherigen Tempo weitergeht, sind wir in fünf Jahren noch nicht über die Erzeugung und Erhaltung über die Verzeichnisse der einzelnen Dörfer hinaus.

Aber auch an der Arbeiterchaft liegt es, mitzugehen, um die reaktionäre Masse unbrauchbar zu machen. Zu Tausenden werden die Kreisblätter nach von Arbeitern und Angehörigen gelöst. Nicht gefürchtet es wegen des örtlichen Staatlichen und wegen des meist recht ungeschicklichen Romans. Davon muß sich die Arbeiterchaft freimachen. Vom Glück und Zufall werden die Verhältnisse nicht besser. Der Mann, der sich unweiblich, je eher und gründlicher, desto besser. Und für das Unverhältnismäßigkeit für das Volkswohl in jeder Weise. Größer ist schon der Einfluß zu nehmen wegen der Lebensmittelanzeigen. Doch auch das läßt sich ein Aussehen finden.

Für die Arbeiterchaft, für die Angehörten und Beamten, für den kleinen reaktionären Mann erweist die Pflicht, seine Wohnung von den Kreisblättern freizukaufen, dafür aber die sozialistische Presse, das Volkswohl, zu abonnieren und überall zu verbreiten.

Verleumdung. Obstruction in der Stadtverordnetenversammlung. Nach dem Unterricht vom Montag, den 12. April die erste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, nachdem die am 15. März einberufene am Freitag der Unabhängigen und der rechtssozialistischen Fraktion unter Annahme einer Resolution gegen den Rüdich verweigert worden war. Um 1 Uhr waren nur die sozialdemokratischen Fraktionen vertreten, denn kamen einige Bürgerliche. Die Mehrheit der bürgerlichen Fraktionen verweigerte die Teilnahme erst, nachdem der Vorsitzende eine Resolution für die Einführung der Gewerbesteuerresolution beschloß. Danach stellte der Stadtverordnete Dr. Reich einen Antrag auf Vertagung für zehn Minuten, um eine Erklärung zur Resolution vom 15. März anzubringen, da die Dörren sich vorher nicht einigen konnten. Der Vorsitzende ließ abstimmen, der Vertagungsantrag wurde abgelehnt. Darauf verließen sämtliche bürgerliche Fraktionen den Saal in der Erwartung, daß nun nicht verhandelt werden könnte. Zu der Zeit waren nur 18 sozialdemokratische Mitglieder, der fehlende Neunzehnte, der der Vertagungsbefehl nötig gewesen wäre, Genosse Engelhardt, betrat sich insofern seiner Verwundung, die er am Eisener Bahnhof von den Postverboten erlitten hatte, im Krankenzustand. Der Vorsitzende legte die Vertagung ab und schloß die Sitzung mit dem Hinweis, daß nun die 34 Punkte betreffende Angelegenheit erledigt, auf die Qualität zu denen die ausgeführten Bürgerlichen das Referat hatten. Diese haben sich bis zur Abreise nicht blamiert. Erst dann lag, Rüdich gelehrt sich im Endzustand, da nun wollen sie aus politischer Erwägung die Substitution treiben, sind indes zu einem neuen Vertreter der bürgerlichen Fraktion gewählt worden. Das Gebahren der bürgerlichen Herren sollten sich die Wähler merken.

Lohrener. Opfer des Generalkreises. Befamlich forderte die Regierung insofern des Vorgehens der bürgerlichen Saup und Lüttich selbst zum Generalkreis auf. Wie überall wurde auch hier diesem Ziel einmütig geteilt. Nur bei der heutigen Auktionsanfrage, einem staatlichen Betriebe, ging die Sache nicht so glatt, wie es notwendig gewesen wäre. Der Oberleutnant Gule, der mit der Leitung des Betriebes beauftragt war, hatte die Schlichtung gelehrt und wollte unter dem Schutze der Militärkraft mit Waffengewalt die Arbeiterchaft, trotz des einmütigen Streikbeschlusses, zur Arbeit zwingen. In dem zum Betriebe der Munitionsmaterial abgehörigen Arbeiterverband traten etwa 60 Beschäftigte nicht in den Streik, und zwar aus Furcht vor dem von den Hochverrätern freudig geliebten Oberleutnant Gule. Von diesem Herrn wurde den Arbeitern die Mitteilung gemacht, die die Leute am Arbeiterverband zur Arbeitsüberzeugung aufzureden wollten, der Zutritt verweigert. Selbst die Verhandlung wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und Lüttich unterliegen und er sich unweiblich einen Gehorsam aufzubringen solle. Die Arbeiter schickten dem Oberleutnant, legten ihm die Arbeiterchaft vor, daß sie nicht arbeiten werden, wenn der Streik nicht aufgehoben wird. Die Arbeiterchaft wurde ihnen abgeschnitten. Vom Vorsitzenden des Arbeiterausschusses wurde dem renitenzen Oberleutnant befohlen, daß seine Anordnungen die bürgerlichen Saup und L

